

Ran an die maximale Geschwindigkeit!

Zur Forderung nach einem generell Tempolimit auf Autobahnen:

Manchen Politikern oder Parteien fällt nichts anderes ein, als immer das gleiche Lied zu blöken: „Tempolimit“, „Tempolimit“ ... anstatt mal die Scheuklappen abzulegen und über den Tellerrand zu schauen. Zum Thema Auto gibt es noch was viel Interessanteres, auf das bisher keiner, auch nicht mal der ADAC oder die Autolobby, gekommen ist, geschweige denn die theoretischen Politiker.

Ja, was könnte das denn sein? Das ist die maximale Geschwindigkeit. Wenn man die Motorisierung von bisher 250 Kilometern pro Stunde auf zum Beispiel 180 Kilometer pro Stunde absenkt, dann kann man die dynamischen Kräfte (ohne die notwendige Sicherheit zu gefährden) neu berechnen. Achsen, Dämpfer, Reifen, Gewichte, Material etc. können reduziert werden, was in Summe auch CO₂ einspart (Ingenieurarbeit ist da angesagt!). Zudem ist es in gewissen Situationen notwendig, kurzfristig von 130 Kilometern pro Stunde auf 160 Kilometer pro Stunde zu wechseln, wie zum Beispiel bei schnellerem Überholvorgang, und nicht wie eine Schnecke voranzukommen. Die Flexibilität sollte jedem Fahrer erlaubt sein.

Und nun kommen die Kritiker gleich auf die Plattform – geht nicht, zu wenig Erfolg, Verlust der Sicherheit etc. Hier kann ich nur sagen, lasst mal die Fachleute an das Thema ran, dann kann kritisiert werden.

Außerdem sollte man fragen: Wer kritisiert? Sind das nicht die Politiker, die sowieso mit Chauffeur und CO₂-Schleudern kutschiert werden? Bürger, die meistens mit Zug, Rad, Bus oder zu Fuß unterwegs sind? Fragt man mal die Vielfahrer – die 30000 bis 60000 Kilometer oder mehr im Jahr unterwegs sind –, was deren Urteil ist?

Also ran an das Thema mit dem Motto „Aufbrechen der herkömmlichen Strukturen“!

Erich Weißmann
84079 Bruckberg

Die positiven Effekte sind zweifelsfrei dokumentiert

Zum selben Thema:
Zum wiederholten Mal wird das Thema Tempolimit breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Ohne hier auf die abenteuerlichen Einlassungen von einigen konservativen Politikern näher einzugehen (Minister Scheuer und Co. haben offensicht-

lich den Schuss immer noch nicht gehört), will ich meine Erfahrungen mit dem 130er-Limit wiedergeben.

Ich gestehe ein, dass ich zu einer Zeit, wo ich selbst immer wieder mit mehr als 200 Sachen unterwegs war, auch Sturm gelaufen wäre, wenn ich diese Forderung 130 auf der Autobahn gehört hätte. Heute aber, nach mehr als einer Million gefahrenen Kilometern bin ich bei diesem Thema völlig entspannt. Ich denke, dass nicht nur ich die Erfahrung schon öfters machen konnte, dass eine größere Wegstrecke auf der Autobahn mit Tempolimit wesentlich entspannter zurückgelegt werden kann als bei Vollgas mit Bluthochdruck und Schweißflecken unter den Achseln, weil die Anspannung bei schnellerer und dadurch riskanterer Fahrt viel höher ist.

Nebeneffekt der moderaten Fahrweise ist ein um zehn bis 20 Prozent niedrigerer Spritverbrauch. Wenn man das auf die zig Millionen Autobahnkilometer umlegt, die jahraus jahrein zurückgelegt werden, dann braucht es nur den gesunden Menschenverstand, um festzustellen, welch riesiges Einsparungs- und Klimaverbesserungspotenzial hier beinhaltet ist.

Warum ist es so schwer, ein Tempolimit bei uns umzusetzen, so frage ich. Sind denn alle anderen Länder um uns herum dümmer als wir? Sie haben seit vielen Jahren bereits ein Tempolimit. Die positiven Effekte sind zweifelsfrei dokumentiert. Einschließlich weniger Unfalltoter! Könnte es sein, dass die Automobilisten, die immer größere und leistungstärkere Autos bauen, was dagegen haben? Dass die Lobbyisten beim ADAC und bei der Mineralölindustrie bis jetzt ganze Arbeit geleistet haben? Wir Verbraucher und Wähler haben die Macht, das, was vernünftig, praktikabel und absolut notwendig ist, gegen den Widerstand derjenigen, die nur in Quartalszahlen und an den schnellen Profit denken, durchzusetzen. Seien wir vernünftig und tun wir es den anderen Ländern gleich. Für mehr Sicherheit, mehr Umweltschutz und mehr Entspannung beim Fahren.

Manfred Ruhland
93449 Waldmünchen

E-Autos sind am umweltfreundlichsten

Zum Leserbrief „Erheblicher Ausbau an Kraftwerkskapazitäten“ von Prof. Dr. h. c. Jiri Smejkal vom 27. Dezember:

Prof. Dr. h. c. Jiri Smejkal bringt bei der Berechnung des Energiebedarfs von E-Autos und der Erzeugung des Stroms mit Windkraftanlagen einiges durcheinander und stellt völlig falsche Berechnungen auf, die den Leser wohl gezielt in die Irre führen sollen. Nach den neuesten Studien (Ifeu, Agora Verkehrswende) sind E-Autos mit Batterien umweltfreundlicher als Verbrennungsaautos und auch umweltfreundlicher als E-Autos mit Wasserstoff und Brennstoffzelle, weil sie einfach effizienter sind. (...)

Es gibt in Deutschland derzeit 47 Millionen Pkws. Diese legen eine Strecke von 631 Milliarden Kilometern jährlich zurück (Kraftfahrtbundesamt). Ein E-Auto verbraucht inklusive Verlusten beim Tanken 20 Kilowattstunden (kWh) je 100 Kilometer (meinen ZOE fahre ich mit unter 15 kWh). Das ergibt im Jahr 126 Terawattstunden (TWh) Strom. Bei der Bereitstellung von Benzin und Diesel der 47 Millionen Pkws, bis er in den Tank kommt, werden 55 TWh Energie nur in Deutschland benötigt. Diese Energie wird dann in Zukunft eingespart. Es verbleiben somit 71 TWh. Um diese Energie nur mit Windkraft zu erzeugen, braucht man maximal 4000 moderne Windkraftanlagen und nicht 39000.

Prof. Dr. h. c. Jiri Smejkal rechnet hier mit Windkraftanlagen, die vor 20 Jahren gebaut wurden. Die jetzt in Betrieb genommenen Windkraftanlagen mit Vier-Megawatt-Leistung erzeugen auf einem 100-Prozent-Standort 15000000 kWh

Strom, also über 3000 Volllaststunden (Wirkungsgrad 35 Prozent und nicht 15 Prozent), die Windkraftanlagen im Meer draußen erzeugen 28000000 kWh mit 4500 Volllaststunden. Die Anlagen, die jetzt geplant und in drei bis vier Jahren gebaut werden, sind Fünf-Megawatt-Anlagen und hier wird eine Anlage im Binnenland dann 18000000 kWh im Durchschnitt erzeugen. Da aber ein Drittel des Stroms mit der Sonne erzeugt wird, reduzieren sich die Windkraftanlagen auf 2700. Wenn man davon ausgeht, dass durch die Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI) in Zukunft nur mehr die Hälfte der Autos benötigt werden, verringert sich die Anzahl noch mal auf 2000. Derzeit gibt es 29000 Windkraftanlagen in Deutschland. (...) Die Energiebereitstellung für E-Autos ist kein Problem, es liegt nur an den Rahmenbedingungen der Politik.

Josef Gold
ÖDP-Kreisrat
Landkreis Straubing-Bogen
94356 Kirchroth

So geht Ihr mit unserer Zukunft um?

Zum Umgang mit Steuergeldern und zum Einsatz für Demokratie:

Kaum ein Tag vergeht, wo es mich nicht in den Fingern juckt, einen Leserbrief zu schreiben. Was ist los mit unserer Demokratie? Ein Verkehrsminister unterschreibt einen Vertrag, aus dem zulasten der Steuerzahler nun Forderungen von mehreren Hundert Millionen Euro entstehen könnten. Geniale Lösungen für anspruchsvolle Probleme sind schon entwickelt, werden aber seitens der verantwortlichen Politiker ignoriert oder gar verleugnet. Unser Bundespräsident appelliert an unsere Verantwortung für die Sicherung unserer Demokratie. So geht Ihr mit unserem Geld um? So geht Ihr mit unserer Zukunft um? So geht Ihr mit unseren Wählerstimmen um? Mit meinem Geld, meiner Zukunft, meiner Stimme?

Meine Wünsche an die Politik für 2020: ein achtsamer und verantwortungsvoller Umgang mit unseren Steuergeldern; mehr Mitbestimmung für uns Geldgeber und Betroffene; mehr Mitbestimmung für Experten; eine wirksame Qualitätssicherung im politischen Bereich; eine politische Wir-Kultur, intelligente, kreative Lösungen; eine attraktive Demokratie, die Vertrauen verdient und Lust auf Beteiligung macht. Für eine solche Demokratie engagiere ich mich gerne.

Inge Ankenbauer-Wild
85368 Moosburg

Aber dies ist nur die Spitze des Eisberges

Zum Artikel „Tausende Stellen unbesetzt“ vom 28. Dezember:

Jetzt ist das Entsetzen plötzlich groß! 17000 Pflegestellen seien bundesweit laut einer aktuellen Befragung des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) offen. 80 Prozent der Krankenhäuser haben Probleme, die Stellen in der Krankenpflege zu besetzen. Von Krankenhäusern mit mehr als 600 Betten schaffen es 95,2 Prozent nicht, offene Pflegestellen auf Allgemeinstationen zu besetzen.

Aber dies ist nur die Spitze des Eisberges. Hier geht es um die offenen, vorhandenen Stellen, nicht um die wirklich bedarfsgerecht benötigten Pflegefachkräftestellen.

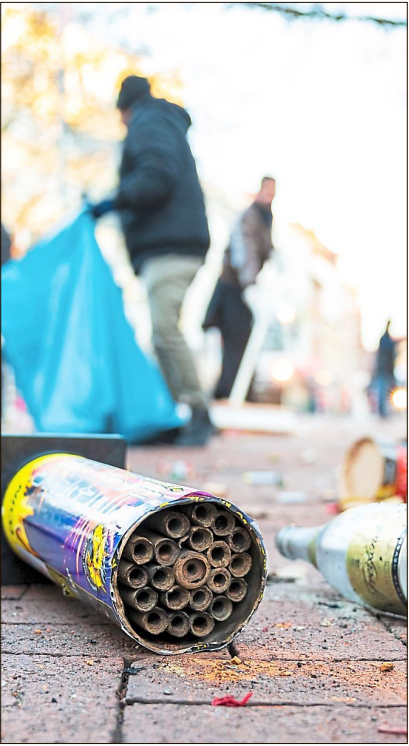
Nach neuesten Erhebungen laut einer ersten Analyse auf Grundlage eines neuen Pflegepersonalbemessungsinstruments (PPBI) fehlen vermutlich deutschlandweit mehr als 50000 Pflegende in den Krankenhäusern. Das PPBI ist ein von Deutschem Pflegerat (DPR), Deutscher Krankenhausgesellschaft und Verdi im August eingebrachter Vorschlag, der Personaluntergrenzen in der Pflege ablösen soll. Das Instrument soll künftig den Pflegepersonalbedarf eines Krankenhauses für die unmittelbare Patientenversor-

gung auf allen bettenführenden Stationen ermitteln und die notwendige Pflegepersonalausstattung definieren. Es geht dabei auch um die Sicherung der Pflegequalität. Eine dementsprechende verbindliche Personalausstattung wäre das effektivste Werkzeug gegen den Pflegefachkräftemangel.

Aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels sind inzwischen in vielen Kliniken nicht nur Betten gesperrt, sondern ganze Stationen sind stillgelegt. Die andere Seite ist die Gefährdung der Patienten, denn hohe Arbeitsintensität führt unter Umständen zu Behandlungs- und Pflegefehlern. Wissenschaftlich wurde 2018 bewiesen, dass der Mangel an Pflegepersonal sich unmittelbar auf die Mortalität von Patienten, also die Patientensterblichkeit, auswirkt.

Dies ist auch Beweis dafür, wie wichtig der Beruf der Gesundheits- und Krankenpflege ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) betitelt ihn als lebenswichtigen Beruf. Das Jahr 2020 hat die WHO als weltweites Jahr der professionell Pflegenden und Hebammen ausgerufen. „Diese beiden Gesundheitsberufe sind unschätzbar wertvoll für die Gesundheit der Bevölkerung“, so die WHO. (...)

Angelika Maria Thiel
Krankschwester
84076 Pfeffenhausen



DER REST VOM FEST.
Foto: Moritz Frankenberg/dpa

Kein System für die Rendite-Optimierer

Zum selben Artikel:
Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Gerald Gaß, sowie der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, verbreiten Ammenmärchen: Fake news! Um die Bevölkerung zu schocken! (...) Die Abschaffung von überflüssigen Krankenhausbetten wird seit Jahren von Politikern, die um ihre (...) Posten fürchten, verhindert. Weiterhin führt das System der Fallpauschalen zu überhöhten falschen Diagnosen mit zahlreichen überflüssigen teuren Behandlungen.

Gleichzeitig wurden die Wehrpflicht mit Wahlmöglichkeit zum Sozialdienst Krankenhaus ausgesetzt, die zusätzlichen bürokratischen Anforderungen massiv erhöht, die Entlohnung des Pflegepersonals stark zurückgefahren zur Rendite-Optimierung der inzwischen in Aktiengesellschaften umgewandelten Lifestyle-, Gesundheits-, Schönheits- und Wellness-oasen. Des Weiteren sehen sich die Mediziner/Ärzte nicht mehr als Helfer und Heiler für Menschen mit gesundheitlichen Problemen, sondern als Rendite-Optimierer zur Füllung ihres Geldbeutels zu Urlaubszwecken!

Es gibt inzwischen mehr als genug Mediziner/Ärzte: Leider nicht am Patienten, für welche diese in unseren Universitäten für teures

Steuergeld ausgebildet werden. Der Ruf nach weiteren Studienplätzen ist daher voll neben der Notwendigkeit und einer Lobby geschuldet, die sich nicht um das Wohl von Menschen, sondern um die Mehrung ihres eigenen Wohlbefindens, sprich Geldbeutels, bemüht. (...)

Kann nur (...) anmerken, dass man zum Beispiel mir meine Kniegelenke operieren wollte, obwohl dazu kein Bedarf bestand und besteht, dass man mir mein Gebiss voll erneuern wollte, obwohl nur ein Zahn zu reparieren war, die Augen sehr teuer unwirksamer Chemikalien-, sprich „Pharma“-Tests unterzog (...), man mir chronische Leiden andichtete, andichten wollte, welche nicht vorliegen ... das Gleiche gilt für meine Verwandtschaft, meine Freunde, Bekannten, ist belegt für die Bevölkerung Deutschlands durch zahlreiche Berichte und Analysen in den gängigen Medien.

Also, das Gesundheitssystem ist darauf zurückzuführen, was es sein sollte: ein System für die Kranken unserer Gesellschaft – kein System für die zahlreichen eingebildeten Kranken und Rendite-Optimierer (...)! Prof. Dr. Reinhold Kiehl
94315 Straubing

Es braucht hierfür einen viel größeren Ruck

Zum Artikel „Ein Pflegeheim ist keine Schraubenfabrik“ vom 30. Dezember:

In seinem Kommentar zum bevorstehenden 100. Geburtstag der Arbeiterwohlfahrt in Bayern fordert deren Landesvorsitzender Thomas Bayer zu Recht ein soziales Umdenken in unserer Gesellschaft. Mit Aussagen wie „Zu viele schätzen nicht mehr wert, was wir mit der Wohlfahrtspflege geschaffen haben“ (...) legt er (...) einen Finger in Wunden unserer Gesellschaft und unserer Sozialpolitik.

Wir Senioren, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige hören und lesen „gebetsmühlenartig“ Aussagen unserer politischen Mandatsträger, Kirchen, Verbände, Altenheim- und Klinikmanager über zunehmenden Pflegenotstand, fehlende altengerechte Wohnungen und Mangel bei Heimplätzen. Muss nicht unsere zunehmend alternde Gesellschaft dankbar sein für alle ehren- und hauptamtlichen Helfer und Pflegekräfte bei der AWO, dem Roten Kreuz, der Caritas, der Diakonie und vielen anderen Hilfsorganisationen sowie allen pflegenden Angehörigen, die in häuslicher Pflege tätig sind?

Einige unserer politischen Mandatsträger befassen sich inzwischen erfreulicherweise mit dem Thema „Seniorenpolitik“, es werden kommunale Seniorenbeauftragte, Seniorenfachkräfte und Seniorenbeiräte bestellt. Senioren und behinderte Menschen werden zu Adventsfeiern eingeladen, oder man versucht da und dort, deren Leben (...) lebenswerter zu machen. Doch reicht das alles schon aus? Ich meine „nein“. Ich bin als Kind in den 1940er-Jahren in einem Haus mit vier Generationen aufgewachsen, von der Urgroßmutter bis zum Ur-enkel; hier war noch Gemeinsinn, wie man ihn heute zuweilen in Mehrgenerationenhäusern wiederbeleben will. Aber hat Thomas Bayer nicht recht, wenn er sagt, es sei ein allgemeiner gesellschaftlicher Trend, dass die Leute lieber zu Hause auf dem Sofa sitzen bleiben, als sich sozial zu engagieren?

So wichtig „Klein-Klein“ in der Senioren- und Pflegepolitik auch ist, es muss hierfür ein viel größerer „Ruck“ durch unsere Gesellschaft gehen: Unsere Gesellschaft muss senioren- und sozialpolitisch wachgerüttelt werden. Doch wo sind dafür in unserem Land die großen Vorbilder in der Politik, bei den Kirchen, in der Wirtschaft, zu denen wir aufblicken können? Die sich wirklich aus dem Herzen heraus für den zunehmend älternden und pflegebedürftigen Teil unserer Gesellschaft engagieren? (...) Günter Spießl
94360 Mitterfels